

10. Quereinsteigende zum Lehrberuf entlasten und unterstützen

Motion Monika Wicki (SP, Zürich), Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil), Sarah Akanji (SP, Winterthur) vom 31. Januar 2022

KR-Nr. 28/2022, RRB-Nr. 468/23. März 2022 (Stellungnahme)

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat die Motion nichts zu überweisen.

Monika Wicki (SP, Zürich): Wir kommen zum Kapitel 3, zum Thema, wie man Lösungen für dringende Probleme nicht nutzen kann: Der Lehrpersonenmangel ist akut. In der Volksschule sind über 600 Lehrpersonen ohne Lehrdiplom tätig, das heisst, es sind rund 12'000 Kinder davon betroffen, dass sie nicht durch eine adäquat ausgebildete Lehrperson unterrichtet werden. Das sind gut 7 Prozent der Schülerinnen und Schüler. Die Schülerinnen und Schüler haben ein Recht auf eine ausgebildete Lehrperson, ein Recht, von einer ausgebildeten Lehrperson unterrichtet zu werden. Werden sie das nicht, hat das langfristige Auswirkungen auf ihr Lernen, ihren Schulerfolg und ihre Laufbahn. Der Quest-Studiengang, der Studiengang für Quereinsteigende, wird seit Jahren regelmässig von rund 11 Prozent der Studierenden genutzt. Das ist erfreulich, aber zu wenig, und der Anteil bleibt seit Jahren bei 11 Prozent, er ist nicht steigend. Woran liegt das? Den Quest-Studiengang für die Primarstufe können berufserfahrene Leute mit Hochschulabschluss ab 27 Jahren absolvieren. Das Studium kann in Vollzeit oder Teilzeit gemacht werden. Bei Vollzeit studieren die Leute ein Jahr zu 100 Prozent, danach übernehmen sie eine Klasse zu 50 bis 60 Prozent und studieren daneben noch rund 30 Prozent. Beim Teilzeitstudium kann man eineinhalb Jahre lang rund 70 Prozent studieren, danach nochmals eineinhalb Jahre zu 50 Prozent. Gleichzeitig arbeitet man etwa 40 Prozent.

Sie sehen, in beiden Fällen ist ein Ausfall des Einkommens um zwei bis drei Jahre vorgesehen. Dies schreckt viele interessierte Personen von der Ausbildung ab. Wer kann schon nach einer mehrjährigen Berufsphase, vielleicht sogar mit Familie, plötzlich zwei bis drei Jahre auf ein Einkommen verzichten? Stipendien gibt es keine, weil die betroffenen Personen nicht stipendienberechtigt sind. Sie haben schon einen Beruf und sind oft auch schon älter. Man könnte sich einen Kredit nehmen. Das aber ist teuer und er muss später zurückgezahlt werden, und es ist ungewiss, ob man das kann. Oft hört das idealistische Denken nun auf. Man wäre zwar gerne Lehrperson, sieht auch die Notwendigkeit, man würde gebraucht, aber der Weg dahin ist einfach zu teuer, nicht attraktiv. Ich kenne viele, die sich gegen die Quest-Ausbildung ausgesprochen haben, weil sie sich das schlicht nicht leisten können. Und bei den Personen ohne Lehrdiplom, die seit Jahren gehäuft in den Schulen angestellt werden, sieht die Situation nicht anders aus. Auch sie können und wollen nicht drei bis fünf Jahre auf das Einkommen verzichten. Denn es sind nicht einfach junge Leute, die noch zu Hause oder in einer WG wohnen, es

sind oft Eltern, sie haben Verpflichtungen. Sogar der «Tagi» (*Tages-Anzeiger*) hat kürzlich berichtet.

Aus diesem Grund haben wir die Motion eingereicht. Der Regierungsrat wird aufgefordert, die Grundlagen zu schaffen, um Menschen, welche eine Lehrpersonen-ausbildung für Quereinsteigende absolvieren, finanziell zu unterstützen. In seinen Ausführungen zur Motion weist der Regierungsrat auf zwei Dinge hin: Erstens weist er daraufhin, dass das Modell, das für die Finanzierung von Informatikstudierenden fürs Gymnasium gefunden worden war, nicht auf Lehrpersonen angewendet werden könne, da dieses Studium nicht monothematisch sei. Nun denn, es war ein Vorschlag. Aber das erklärt noch nicht, warum man sich nicht auf den Weg machen möchte, eine andere Finanzierungsmöglichkeit zu suchen und zu finden.

Des Weiteren wird erwähnt, dass es hohe Kosten für die Gemeinden gäbe, falls sie die Studierenden entgelten müssten. Ja, das wäre so, wenn die Gemeinden dies selber finanzieren müssten, aber das wird ja nicht gefordert. Und es ist nicht vorgesehen, dass die Gemeinden dies finanzieren müssen. Gerade jetzt, in Zeiten des Lehrpersonenmangels, wo der Lehrpersonenmangel sogar als Notstand deklariert worden ist, ist der Regierungsrat aufgefordert, die notwendigen Massnahmen in die Wege zu leiten und vielleicht auch unkonventionelle Methoden zu nutzen. Es soll ein Modell entwickelt werden, wie die Quest-Studierenden im ersten Jahr finanziell unterstützt werden könnten. Der Regierungsrat hätte es in der Hand, die Stipendienregelung zu ändern, das Modell der Informatikstudierenden zu erweitern, kurz sinnvolle Wege zu finden, damit mehr Menschen, die Interesse am Lehrberuf haben, diesen auch schnell und unkomplizierter lernen können. «Unkompliziert» heisst auch, dass sie währenddessen nicht Gefahr laufen müssen, am Hungertuch zu nagen. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Wir bitten Sie, diese Motion zu unterstützen. Danke.

Tobias Infortuna (SVP, Egg): Das Konzept, jedes Problem der Volksschule mit mehr und noch mehr Geld lösen zu wollen, ist gescheitert. Genau das versucht man nämlich seit Jahren und trotzdem herrscht Lehrermangel, weil die Probleme der Volksschule eben nicht deshalb bestehen, weil zu wenig Geld vorhanden wäre. Und das gilt auch für den Lehrberuf, die dazugehörige Ausbildung.

Wie der Regierungsrat in seinen Ausführungen zur Motion erklärt, ist der erste Teil der Ausbildung in Form eines Teilzeitstudiums möglich, und im zweiten Teil der Ausbildung kann bereits bis zu 60 Prozent als Lehrerin oder Lehrer gearbeitet werden.

Wir sind gerne bereit, das Problem des Lehrermangels gemeinsam anzugehen und den Lehrberuf attraktiver zu machen, aber nicht schon wieder mit mehr Geld, weil das nämlich nicht funktioniert. Das Problem liegt vielmehr zum Beispiel beim für die Lehrkräfte belastenden integrativen System und bei den damit zusammenhängenden endlosen Sitzungen und Besprechungen und dem ganzen Koordinationsaufwand. Wenn man diese Belastungen reduziert, zum Beispiel mit der Wiedereinführung von Kleinklassen, wird der Lehrberuf automatisch attraktiver. Dann

müssen wir uns keine Sorgen mehr machen, dass zu wenige Leute sich zum Lehrer ausbilden lassen. Wir empfehlen darum, die Motion, wie vom Regierungsrat gefordert, abzulehnen. Danke.

Corinne Hoss-Blatter (FDP, Zollikon): Ich nehme es vorweg, die FDP wird diese Motion ablehnen. Die Quest-Ausbildung, also die Ausbildung für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger, ist so aufgebaut – wir haben es von der Erstunterzeichnerin gehört –, dass sie einerseits im ersten Teil berufsbegleitend durchlaufen werden kann, wenn gewollt. Andererseits müssen bereits da erste Praktika absolviert werden. Im zweiten Teil der Ausbildung müssen die Questlerinnen und Questler dann Teilpensen als Lehrerinnen und Lehrer an der Volksschule übernehmen, dies ist der berufsintegrierte Studienteil. Dort erhalten sie auch einen Lohn. Dieser ist zwar leicht tiefer als bei Lehrpersonen mit Diplom, aber es sind immerhin 90 Prozent des Lohnes einer ordentlichen Lehrperson.

Der Vergleich der Motionärinnen, dass Gymnasiallehrpersonen für eine Zusatzausbildung zum Beispiel zum Informatiker oder zur Informatikerin entlastet werden, hinkt insofern, als die Gymi-Lehrpersonen, welche entlastet werden, bereits im Besitz des höheren Lehramtes respektive des Lehrdiploms für Maturitätsschulen sind und sich nun ergänzend, um beim Beispiel der Motionärin zu bleiben, auch in der Informatik qualifizieren. Hier geht es also um eine fachliche Zusatzausbildung, die direkt der entsprechenden Schule, welche die Entlastung trägt, zugutekommt. Die Quest-Ausbildung dagegen ist eine Neuorientierung für die Absolventinnen und Absolventen.

Wenn diese Motion weitergedacht wird, dann müssten nicht nur Questlerinnen und Questler in der Ausbildung zur Lehrperson entlastet respektive deren Umschulung finanziell unterstützt werden, dann müsste der Chancengerechtigkeit halber ein Berufswechsel in jeder Branche vom Staat finanziell mitgetragen werden. Damit öffnen wir Tür und Tor dafür, dass jede und jeder Arbeitnehmende auf Staatskosten eine oder gar mehrere Umschulungen machen kann. Dieses Modell kann und darf also nicht Schule machen – im wahrsten Sinn des Wortes.

Wie eingangs erwähnt: Die FDP lehnt ab.

Nadia Koch (GLP, Rümlang): Die Quest-Studierenden spielen eine wesentliche Rolle bei der Deckung des Bedarfs an Lehrpersonen, insbesondere in Zeiten des Lehrpersonenmangels. Durch die Möglichkeit, während der ersten Phase ihres Studiums weiterhin in ihrem angestammten Beruf tätig zu sein und dann in der berufsintegrierten Phase eine Festanstellung in einer Schule mit einem Teilzeitpensum zu übernehmen, bieten die Quest-Studiengänge eine attraktive Option für angehende Lehrpersonen. Die Anstellung der Quest-Studierenden als Volksschullehrperson ist in der zweiten Phase ja sowieso zwingend und sollte daher sowohl für die Studierenden als auch für die Gemeinden einen Mehrwert darstellen. Eine zusätzliche Entlastung, wie von den Motionärinnen vorgeschlagen, wird jedoch zu Mehrkosten für die Gemeinden führen und die Anstellung von Quest-Studierenden unattraktiver machen. Damit gefährdet man die erfolgreiche Ausbildung

dieser Studierenden und verschärft allenfalls den Lehrpersonenmangel. Die Attraktivität des Quest-Studiums ist gegeben und eine Anpassung aus unserer Sicht somit nicht erforderlich.

Livia Knüsel (Grüne, Schlieren): Die Idee, mit der geplanten Motion Quereinsteigenden des Lehrberufs finanzielle Unterstützung durch den Kanton zu gewährleisten, begrüßen wir sehr. Der gegenwärtige Lehrpersonenmangel verpflichtet uns, nach neuen Lösungen zu suchen. Wir müssen für Menschen, die gewillt sind, auf dem zweiten Bildungsweg den Lehrberuf zu erlernen, mehr Anreize schaffen. Die Antwort der Regierung möchte uns veranschaulichen, dass Lehrpersonen im Quest-Studiengang sich selber über Wasser halten können. Begründung: In der ersten Phase der Ausbildung sei es für die Studierenden ja möglich, studienbegleitend in ihrem angestammten Berufsfeld zu arbeiten. Dazu sei angemerkt, dass laut Regierung nur gewisse Stufen als Teilzeitstudiengang überhaupt möglich sind. Es ist jedoch extrem schwierig – und ich rede als Quereinsteigerin zur Primarlehrerin aus Erfahrung –, in dieser intensiven Studiumszeit einfach mal so nebenher auf ein genügend hohes Arbeitspensum, sprich auf genügend Lohn zu kommen. Man bedenke: Menschen, die eine zweite Ausbildung anstreben, sind oft nicht mehr ganz jung, haben vielleicht Familie und grössere finanzielle Verpflichtungen. Somit verkommt das Arbeiten nebst dem Studium – und dies zu meist ja auch noch in einem komplett anderen Berufsfeld – oftmals zu einem «Gewurstel», generiert grossen Stress und kaum Geld.

Was die zweite Phase des Quest-Studiengangs anbelangt, in welchem die Studierenden eine reguläre Anstellung als Lehrperson haben, reicht die maximal erlaubte Anstellung von 60 Prozent nicht allen Menschen, ihren Lebensunterhalt damit zu finanzieren. Es kommt immer auf die Situation an. So haben zum Beispiel Alleinerziehende das Nachsehen.

Wir Grüne wollen nicht, dass Menschen auf den Quereinstieg zur Lehrperson verzichten müssen, weil sie nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt während dem Studium selbst zu finanzieren. Seit Jahren sind wir mit akutem Lehrpersonenmangel konfrontiert und laut Statistik wird uns dieser noch viele weitere Jahre begleiten. Zurzeit sind wir gezwungen, nicht ausgebildete Menschen im Beruf arbeiten zu lassen. So kann es doch nicht sein, denn Bildung – wir alle wissen es – ist das höchste Gut und das Allernützlichste. Wir Grüne wollen gut ausgebildete Lehrpersonen für Kinder, die gut ausgebildet werden, und dafür müssen wir als Kanton auch finanziell attraktive Rahmenbedingungen gestalten. Darum unterstützen wir diese Motion.

Kathrin Wydler (Die Mitte, Wallisellen): Die Mitte wird die Motion unterstützen und ich möchte dazu einen Vergleich zu den Berufen in der Pflege hinzuziehen: Wegen dem grossen Mangel an Pflegepersonen wurde die Pflegeinitiative vom Volk angenommen, und die Kantone und der Bund sind nun daran, sie umzusetzen. Dazu gehört auch das Ausbildungsförderungsgesetz Pflege, welches ermöglichen soll, dass Förderbeiträge gesprochen werden können für Personen, welche

zum Beispiel nicht mehr stipendienberechtigt sind. Lehrberufe der obligatorischen staatlichen Schule gehören wie Pflegeberufe zu den systemrelevanten Berufen. Deren Bereitstellung ist aus Sicht der Mitte grundlegend eine staatliche Aufgabe. Insbesondere bei einem prekären langjährigen Mangel muss der Staat beziehungsweise Kanton unterstützende Massnahmen ergreifen, um diesen Mangel in einem vernünftigen Masse zu beheben. Um unsere hohe Bildung langfristig hoch zu halten, brauchen wir gut ausgebildete Lehrpersonen, welche die Herausforderungen der heutigen Schule bewältigen können. Das Ziel muss sein, dass sich möglichst viele geeignete Personen auf den Weg machen und eine Ausbildung zur Lehrperson in Angriff nehmen. Ein Hochschulstudium ist aufwendig und je nach Lebenssituation kann dies ein Hinderungsgrund sein, weshalb eine gezielte finanzielle Unterstützung durchaus auch sinnvoll sein kann. Wir sind aber auch der Meinung, dass eine solche Unterstützung nur notwendig und anzuwenden ist, solange im Kanton Zürich akuter Lehrermangel besteht. Für einen starken Bildungsstandort Kanton Zürich sind genügend und gut ausgebildete Lehrpersonen an der Volksschule von grosser Bedeutung.

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon): Angesichts des akuten Lehrpersonenmangels ist nicht einzusehen, wieso Quereinsteigende in die entsprechenden Studiengänge zum Lehrberuf nicht ebenso finanziell unterstützt werden sollten, wie das auch bei anderen Berufen üblich ist, zum Beispiel bei Polizistinnen und Polizisten, bei Lokomotivführenden oder bei Flugverkehrsleitenden. Das gilt umso mehr, als auch das PH-Teilzeitstudium (*Pädagogische Hochschule*) nach wie vor sehr intensiv ist und viele Quereinsteigende es sich finanziell nicht leisten können, ihre Arbeitstätigkeit so stark zu reduzieren wie nötig.

Die EVP meint, die Regierung täte gut daran, den gesamten Themenkomplex der Quereinsteigenden des PH-Teilzeitstudiums und der Personen ohne Lehrdiplom nochmals gründlich auf Verbesserungspotenzial abzuklopfen. Auch wenn es schwierig ist, aber es ist dringend. Wir Schulbehörden und Schulleitenden draussen im Kanton suchen nach wie vor händeringend nach mehr Lehrpersonal. Die EVP unterstützt daher diese Motion.

Lisa Letnansky (AL, Zürich): Die AL wird die vorliegende Motion unterstützen. In Zeiten des Lehrerinnen- und Lehrermangels müssen wir es motivierten Personen erleichtern, sich beruflich weiterzuentwickeln, auch wenn sie zu Hause zum Beispiel eine Familie zu unterstützen haben und sich das Studentinnen- und Studentenleben nicht mehr leisten können. Es ist nicht verständlich, warum die Bildungsdirektion immer wieder den Lehrerinnen- und Lehrermangel beklagt und den Notstand ausruft, gleichzeitig aber hier bei den Quest-Studiengängen nicht handeln möchte. Auch das Argument, dass auf die Gemeinden zu hohe Kosten zukämen, weil die studierenden Lehrpersonen bezahlt und beurlaubt werden müssten, besticht nicht. Es gäbe bestimmt andere Lösungen, in denen die Kosten gerechter aufgeteilt würden, aber dafür braucht es halt einen politischen Willen. Die AL bekundet diesen Willen, indem wir die Motion unterstützen. Wir möchten

aber gleichzeitig festhalten, dass es auch strukturelle Verbesserungen im Lehrberuf braucht, sodass die ausgebildeten Personen im Beruf tätig bleiben und höhere Pensen weniger belastend sind. Diese sind mindestens genauso wichtig wie die Unterstützung der Quereinsteigenden und wir fordern die Bildungsdirektion auf, hier endlich tätig zu werden. Besten Dank.

Rafael Mörgeli (SP, Stäfa): Vor einem Monat – Monika Wicki hat es schon angetönt – hatte es im Tages-Anzeiger einen Artikel und man konnte anschaulich sehen, wie die Situation von vier Poldis (*Personen ohne Lehrdiplom*) im Kanton Zürich aussieht. Der Grundtenor: Ja, uns macht die Arbeit Freude. Ja, wir trauen uns die Arbeit zu. Aber nein, wir können uns das Studium schlicht und einfach nicht leisten. Es wird dort vorgerechnet: Wenn man die Ausbildung zur Lehrpersonen an der PH machen will, muss man das Pensum auf 35 bis 45 Prozent reduzieren. Eine Poldi kommt dann auf einen Monatslohn von 2500 Franken. Ich weiss, was einige von Ihnen jetzt vielleicht denken: Ja, auch für mich wären 2500 Franken im Studium ein guter Lohn gewesen, aber ich war jung, wohnte in einer WG, hatte auch keine eigene Familie und ich hatte glücklicherweise auch meine Eltern, die mich weiterhin unterstützten. Aber hier handelt es sich um Menschen mit langer Berufserfahrung und einer Erstausbildung. Es geht hier zum Beispiel um eine alleinerziehende Mutter, die nun auf finanzielle Unterstützung durch ihre Kinder angewiesen ist, also ihre Kinder müssen sie jetzt in dieser Ausbildung finanziell unterstützen. Es geht hier zum Beispiel um einen bald dreifachen Vater, der Angst hat, wegen dem Studium Sozialhilfe beziehen zu müssen. Das kann es doch nicht sein! Es handelt sich aber vor allem auch um jene Personen, über die wir so froh sind, dass sie in unseren Schulen eingesprungen sind.

Ich habe es vor einem Monat hier im Rat schon einmal gesagt und ich sage es gerne noch einmal: Ich habe grossen Respekt vor diesen Leuten. Aber ich sage auch nochmals: Wir müssen aus Sicht der Schülerinnen und Schüler schauen, dass diese Poldis möglichst rasch eine Ausbildung machen oder man müsste sagen, eine Ausbildung machen können. Denn vielen von ihnen ist es eben aus finanziellen Gründen nicht möglich, diese adäquate pädagogische Ausbildung zu machen. Also an all jene Menschen in diesem Rat, die vor einem Monat eine Verlängerung der Poldi-Anstellung verlangt haben: Das wäre jetzt, heute der Zeitpunkt, wo Sie nicht nur den Schulverwaltungen, sondern vor allem eben auch den Menschen, die als Poldis arbeiten, helfen könnten. Und vor allem wäre auch jetzt der Zeitpunkt, den Verfassungsauftrag wahrzunehmen und den Schulkindern eine ausreichende Grundstufenbildung zu ermöglichen, und zwar indem sie von Personen unterrichtet werden, die dafür auch die nötige Ausbildung haben.

Und Frau Hoss-Blatter, es geht hier nicht darum, dass man ein völlig neues Konstrukt aufbaut und Tür und Tor für irgendwelche Ängste der FDP aufbaut, sondern man macht hier etwas – Herr Hugentobler hat es angesprochen –, das man auch sonst macht, zum Beispiel bei der Polizei, und zwar ziemlich konkret, gezielt und nicht giesskannenartig: Leute unterstützen, damit sie eben auch die Ausbildung haben, die sie brauchen für den Beruf. Und das haben Sie heute in der Hand. Zeigen Sie, dass sie die Poldis tatsächlich und konkret in ihrer Arbeit und Ausbildung

unterstützen. Und damit unterstützen Sie auch alle Schulkinder im Kanton. Stimmen Sie dieser Motion zu.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Eigentlich müssen Sie heute und hier auch eine grundsätzliche Frage diskutieren, die mit dieser Motion mitangeschnitten wurde: Muss der Staat Zweitausbildungen bezahlen? Und wie behandelt man die verschiedenen Berufsgruppen? Alle gleich, dann bezahlen wir alle Zweitausbildungen, oder nur punktuell oder eben gar nicht? Die Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger sind eine wesentliche Stütze zur Deckung des Mehrbedarfs an Lehrpersonen und sie können mit ihrer breiten Berufs- und Lebenserfahrung eine Bereicherung für den Lehrkörper sein. Es ist mir deshalb ein Anliegen, dass diese Studiengänge von der PHZH weiter gefördert werden. Es ist mir aber auch ein Anliegen, dass man diesen Studiengang, den man schon vor einigen Jahren konzipiert hat, nicht mit der Frage der Lehrpersonen ohne Studium verknüpft. Die Quereinsteigenden absolvieren ein vollwertiges Bachelor- beziehungsweise Master-Studium und erlangen damit den gleichen Studienabschluss und die gleiche Lehrberechtigung wie die übrigen Studierenden. Den Quereinsteigenden werden aber aufgrund ihrer Vorbildung pauschal 60 ECTS (*European Credit Transfer System*) angerechnet. Auf Antrag können weitere Vorleistungen angerechnet werden, was vor allem beim Studium für die Sekundarstufe relevant sein kann, das verkürzt das Studium wesentlich.

Zudem sind Quest-Studiengänge mehrheitlich als Teilzeitstudiengänge ausgestaltet. Das Quest-Studium Primarstufe führt die PH vollständig als Teilzeitstudium durch. Ab dem vierten Semester arbeiten die Studierenden zwingend rund 50 Prozent als Lehrerin oder Lehrer. Auch Quest-Studierende für die Sekundarstufe arbeiten ab dem dritten Semester zu rund 50 Prozent als Lehrperson. Die Studierenden können damit ein Einkommen während des Studiums erzielen und gleichzeitig die notwendige Berufspraxis sammeln. Neu wurde von der EDK (*Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren*) auf Antrag des Kantons Zürich das Mindestalter für den Eintritt ins Quest-Studium auf 27 Jahre gesenkt. Damit erhalten mehr Quest-Studierende die Möglichkeit, Stipendien oder Ausbildungsdarlehen zu beantragen.

Insgesamt ist das Quereinsteigerstudium damit attraktiv und finanziell tragbar, was zu einer stetigen Zunahme von Quest-Studierenden führt. Es ist aber so, dass eine Zweitausbildung immer auch eine persönliche Investition in die eigene Laufbahn darstellt, die mit vorübergehenden Einkommenseinbussen einhergehen kann. Dies ist bei allen Berufen und allen umfangreichen Aus- und Weiterbildungen der Fall und gehört zur individuellen Berufs- und Karriereplanung. Die finanzielle Tragbarkeit einer Zweitausbildung kann durch die Kombination vom Teilzeitstudium und Stipendien erhöht werden. Beides ist bei den Quest-Studiengängen für Lehrpersonen der Fall.

Aus diesen Gründen beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, die Motion abzulehnen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 99 : 71 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), die Motion KR-Nr. 28/2022 nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.